



Liebe Bürger von Weiz!



Wie Sie sicherlich bereits erfahren haben, wird es in Weiz zukünftig eine H&M-Filiale sowie weitere neue Geschäfte geben. Das ist ein weiterer Baustein, um Weiz zukunftssicher zu machen.

Es freut mich besonders, dass damit einer unserer zentralen Punkte des Wahlprogramms von 2015 umgesetzt wird. Natürlich ist dieser Erfolg nicht nur einzelnen Personen zuzuschreiben. Projekte wie dieses können nur dann umgesetzt werden, wenn alle an einem Strang ziehen. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle auch bei meinen Kollegen aus dem Gemeinderat.

Wenn alle Projekte so umgesetzt werden wie angedacht, dann wird Weiz sicherlich um einiges lebenswerter. Man wird vieles in der Stadt erledigen können, wofür man bis dahin nach Gleisdorf oder nach Graz fahren musste.

Ich blicke optimistisch in die Zukunft und hoffe, dass die zukünftigen Entwicklungen für alle zufriedenstellend verlaufen.

**Euer Gemeinderat
Martin Eder**

Einen erholsamen

Sommer

wünscht

Erich Hafner

Landtagsabgeordneter und
Bezirksparteiobmann Bezirk Weiz

Ostereier-Verteilaktion am 24. März 2018 auf dem Weizer Hauptplatz



Peter Hasenhüttl



Leider mussten wir im April 2018 von FPÖ-Gemeinderat Peter Hasenhüttl Abschied nehmen.

Peter war seit Herbst 2017 in der Stadt Weiz für unsere Fraktion als Gemeinderat tätig. Zuvor war er von

1990 bis 2005 FPÖ-Gemeinderat in der Gemeinde Thannhausen. Peter Hasenhüttl war fast drei Jahrzehnte lang Mitglied der Freiheitlichen Partei Steiermark.

Die gesamte freiheitliche Familie bedankt sich für seine außerordentlichen Leistungen.

Wir sprechen der Familie unser tiefes Mitgefühl aus und behalten Peter Hasenhüttl in ehrenvoller, dankbarer Erinnerung.

Gemeinderatssitzung vom 26. März 2018

In der Gemeinderatssitzung vom 26. März brachte die Fraktion der SPÖ einen Dringlichkeitsantrag ein, welcher die Regierung dazu aufforderte, die Sparmaßnahmen im Sozialbereich einzustellen.

Da uns dieser Antrag jedoch im Vorfeld nicht bekannt war und keine konkreten Zahlen für Weiz vorliegen, konnten wir diesem Antrag nicht zustimmen. Es wird seitens der Bundesregierung zu Sparmaßnahmen kommen, jedoch ist nicht vorhersehbar, inwieweit und ob diese auch

wirklich die Stadt Weiz betreffen.

Persönlich habe ich diesen Antrag mehr als Schuss gegen die Regierung verstanden, als dass es hier inhaltlich wirklich um Weiz ging. Sollten jedoch durch die Sparmaßnahmen tatsächlich Arbeitsplätze in Weiz betroffen sein und entsprechende Grundlagen für so einen Antrag vorliegen, dann kann man mit uns in Zukunft sicherlich im Vorfeld darüber reden, einen solchen Antrag mitzutragen.

Gemeinderat Martin Eder

Vorstellung von Gemeinderat Johann Engelmann



geboren am: 16. Dezember 1947
Mitglied FPÖ Steiermark: seit 04. Februar 2013
beruflicher Werdegang: Landwirt und Kraftfahrer,
seit Mai 2007 in Pension

Es wurde einstimmig beschlossen, dass Johann Engelmann als Nachfolger von Peter Hasenhüttl als Gemeinderat nachrückt. Johann Engelmann wurde am 14. Mai 2018 angelobt. Im Namen der Stadtpartei Weiz bedanke ich mich schon jetzt für Deine Unterstützung und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit!

Gemeinderat Martin Eder

FPÖ-Bezirksbüro Weiz Lederergasse 12 | 8160 Weiz

Telefon: 03172 / 30 6 54
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at
www.fpoe-weiz.at



Nicol Prem,
Bezirkssekretärin
Mobil: 0664 / 35 28 059



Kerstin Fasching,
Bezirkssekretärin
Mobil: 0664 / 43 55 150

Bürozeiten:
MO, DI, DO, FR: 08:00 bis 13:00 Uhr
MI: 13:00 bis 18:00 Uhr

**JETZT
MITGLIED
WERDEN**

Wollen Sie unsere freiheitlichen Ideen unterstützen?
Wollen Sie sich beteiligen oder haben Sie ein Anliegen,
das Ihnen wichtig ist?

Herzlich willkommen! Bei uns sind Sie richtig!

Hier kann sich jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen.

Egal, ob regelmäßig oder sporadisch, aktiv oder einfach nur, um unserer Gemeinschaft anzugehören:

Wir freuen uns auf Sie.

www.fpoe-stmk.at

Mehr Flexibilität für heimische Arbeitnehmer

FPÖ und ÖVP haben im Nationalrat einen Initiativantrag zur Flexibilisierung der Arbeitszeit eingebracht. Die Eckpunkte orientieren sich dabei an den Vorschlägen der Sozialpartner vom Juni 2017 sowie am Plan A des damaligen SPÖ-Bundeskanzlers Christian Kern. Beschlossen werden soll das Gesetz nach der Begutachtung im Juli und danach per 01. Jänner 2019 in Kraft treten.

Anpassung an moderne Lebenswelten

Ziele der Flexibilisierung sind die Anpassung an die modernen Lebensverhältnisse und Lebenswelten, mehr Freiheit bzw. Freizeit für Pendler und Familien, die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf, die Möglichkeit zum verlängerten Wochenende sowie die Auftragssicherung durch die Abdeckung von Spitzenzeiten.

Acht-Stunden-Tag und 40-Stunden-Woche bleiben die Regel

Unbestritten ist, dass der Acht-Stunden-Tag als gesetzliche Normalarbeitszeit gesichert und unberührt bleibt. Die Vier-

Tage-Woche wird gesetzlich ermöglicht. Weiters gibt es die Beibehaltung der gesetzlichen täglichen und wöchentlichen Normalarbeitszeit. Kollektivvertragliche Regelungen der Normalarbeitszeit bleiben ebenso unberührt. Das Modell der Sozialpartner sah die Erhöhung von acht auf zehn Stunden vor.

Der Acht-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche sind die Regel und bleiben. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit darf - wie bisher - 48 Stunden nicht überschreiten. Es gibt keine Änderungen bei den Zuschlägen.

Ablehnungsrecht bei der elften und der zwölften Arbeitsstunde

Die geplante Anhebung der täglichen Höchstgrenze der Arbeitszeit auf zwölf Stunden sowie der wöchentlichen Höchstgrenze der Arbeitszeit auf 60 Stunden wird eingeschränkt. Es gibt ein Ablehnungsrecht für die elfte und die zwölfte Stunde bei überwiegenden persönlichen Interessen für jeden Arbeitnehmer (etwa Kinderbetreuungs-pflichten).



Wir Freiheitliche haben im zukünftigen Regierungsgesetz gesetzliche Freiwilligkeit statt Zwang für die Arbeitnehmer sichergestellt.

Euer Erich Hafner
Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Bezirksparteiobmann
Tel.: 0664 / 465 89 14
E-Mail: erich.hafner@fpoe.at

Mindestsicherung Neu wird Einwanderung ins Sozialsystem abstellen

Die Bundesregierung hat sich auf eine Reform der Mindestsicherung geeinigt. Sie wird vor allem für Einwanderer weniger attraktiv werden.

Die Anreize für Sozialmigranten werden abgestellt.

Die Mindestsicherung bleibt in ihrer bisherigen Höhe von 863 Euro bestehen. Sie wird allerdings für einen bestimmten Personenkreis um 300 Euro reduziert.

Betroffen sind Einwanderer, die über keine entsprechenden Deutschkenntnisse (B1-Niveau) verfügen. Für Einwanderer besteht der Anspruch auf eine Mindestsicherung erst nach fünf Jahren. Das heißt, dass der Anreiz für ausländische Familien, die ins Sozialsystem einwandern wollen, drastisch reduziert wird.

Ein Bonus ist wiederum für Alleinerzieher vorgesehen. Für das erste Kind gibt es maximal 100 Euro, für das zweite Kind maximal 75 Euro und für das dritte Kind 50 Euro.

Nur wer Deutsch kann, bekommt die volle Mindestsicherung.

Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein argumentierten diese Notwendigkeit damit, dass es seit 2012 eine massive Einwanderung (plus 60 Prozent) in das Sozi-

alsystem gegeben habe. Mittlerweile müsse österreichweit eine Milliarde Euro jährlich für Mindestsicherungsbezieher ausbezahlt werden.

Deutsch sei nun der Schlüssel für die Integration und somit zum vollen Bezug der Mindestsicherung, so Strache. Dem „Migrationstourismus“ werde entgegengetreten: „Wer zu uns wandert, kann nicht erwarten, dass er von Anfang an die Mindestsicherung bekommt“, so der FPÖ-Chef über die fünfjährige Wartefrist. Sowohl die FPÖ als auch die ÖVP gehen davon aus, dass die Regelung verfassungskonform sein wird.





Unser Herz gehört der Steiermark

Sicherheit für Land und Leute.

- » Festhalten am **Grenzschutz**
- » **Abschieben** illegaler Migranten
- » **Starkes Bundesheer** beibehalten


MARIO KUNASEK
Bundesminister für Landesverteidigung
FPÖ-Landesparteiobmann

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI